

Antragssteller: Landesvorstand
Abstimmungsergebnis: 4/0/1

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

STREICHE : "Klima und Umwelt"

SETZE: " Klima, Umwelt, ländlicher Raum"

STREICHE NR 31 : "Existenzsichernde Grundprämie für Landwirte

Ein Existenzsicherungsvertrag für alle Bauern in NRW muss den Landwirten Sicherheit geben und die Pflege der Kulturlandschaft honorieren. Wir setzen uns für den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft ein und streben das Ziel einer flächendeckenden Pflege der Kulturlandschaft an. Dazu muss den Bauern eine existenzsichernde Grundprämie bezahlt werden – in der Höhe abhängig vom Arbeitsplatzangebot auf dem Hof, mit Zuschlägen für besondere Leistungen im Tierschutz, im Artenschutz und bei der Schonung von Böden und Trinkwasser."

SETZE 31 NEU : "Landwirtschaft für Mensch und Natur

Die Ernährung der Menschen und die Art und Weise, wie wir zukünftig Landwirtschaft betreiben werden, ist weltweit ein zentrales Thema auf der politischen Agenda. Im September 2015 haben die Vereinten Nationen im Rahmen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung der Erde (Sustainable Development Goals – SDGs) bis 2030 beschlossen, die gleichermaßen für alle Länder gelten. Die Bekämpfung der Armut und des Hungers sind die beiden ersten der insgesamt 17 SDGs:

1. Weltweite Beendigung der Armut in allen ihren Formen.
2. Beendigung von Hunger, Erreichung von Ernährungssicherheit und verbesserter Ernährung und Förderung nachhaltiger Landwirtschaft.

Deutschland gehört zu den Mitunterzeichnern. Die ÖDP fordert eine kohärente, d.h. in allen Politikbereichen auf diese Ziele ausgerichtete, widerspruchsfreie Politik. Bei der Landwirtschaftspolitik sind daher grundsätzliche Änderungen erforderlich.

Die bisherige Landwirtschaftspolitik und die Logik des EU-Subventionssystems haben die Landwirtschaftsbetriebe in Europa immer mehr in eine Abhängigkeit von Saatgut-, Futter- und Düngemittelkonzernen getrieben. Es wird immer deutlicher, dass der eingeschlagene Weg ein Irrweg ist, der schleunigst verlassen werden muss.

Bei dem so ausgelösten Konkurrenzkampf bleiben vor allem kleinere traditionell wirtschaftende bäuerliche Familienbetriebe auf der Strecke. Sie sind Opfer einer Landwirtschaftspolitik, die auf „Wachsen oder Weichen“ ausgerichtet ist, weil die heutige Agrarordnung große, intensiv wirtschaftende und hochspezialisierte Betriebe begünstigt, ja geradezu fordert.

Die Größe der Betriebe allein ist jedoch kein Maßstab für die ökologische Ausrichtung. Beispielsweise haben einige ostdeutsche Großbetriebe vollständig oder teilweise auf ökologischen Anbau umgestellt.

Die Abhängigkeit der Landwirtschaft von der chemischen Industrie, von Banken, von Öl- und Futtermiteleinfuhr steigt stetig. Der gesamte Bereich Landwirtschaft, Lebensmittelproduktion und Vermarktung wird zunehmend zum Geschäft von wenigen global wirtschaftenden Großkonzernen, wobei die Einführung gentechnisch veränderter Nutzpflanzen und -tiere diese Entwicklung weiter vorantreibt.

Der Boden ist die Grundlage für die Landwirtschaft und damit für die Ernährung der Menschen – weltweit. Er ist inzwischen in vielfacher Weise durch Einträge aus der Landwirtschaft (z.B. Pestizide, Gülle, Kunstdünger), Auswaschungen aus der Atmosphäre (z.B. saurer Regen) und giftigen Klärschlamm belastet.

Die Bodenfruchtbarkeit ist durch einseitige Bewirtschaftungsweisen gefährdet, die den Boden auslaugen, sodass das Bodenleben verarmt. Intensivtierhaltung, Monokulturen (z.B. beim intensiven

Maisanbau ohne Fruchtfolge), Überdüngung und Drainage gefährden die natürliche Fruchtbarkeit der Böden, erodieren den Mutterboden und wirken sich vor allem über die Belastung mit Nitrat verheerend auf Grund- und Oberflächenwasser aus.

Jährlich Zehntausende von Tonnen ausgebrachte „Pflanzenschutzmittel“ töten Mikroorganismen in der Ackerkrume und reichern Giftstoffe in den Nahrungsketten, im Grundwasser und in der Atmosphäre an. Rückstände von Pestiziden und Medikamenten finden sich im Trinkwasser und in Lebensmitteln wieder.

Entwässerung von Feuchtgebieten, Begradigung von Bachläufen und Rodung von Hecken zerstören natürliche Lebensgemeinschaften und Landschaften. Die Tier- und Pflanzenwelt verarmt. Das bestehende Agrarsystem mit seiner Ausrichtung auf den Weltmarkt ist ein ökonomisches und ökologisches Desaster. Es öffnet der Lebensmittelspekulation Tür und Tor.

Langfristiges Ziel der ÖDP ist eine nachhaltige Landwirtschaft, die weit über die heutigen Vorgaben einer „ordnungsgemäßen Landwirtschaft“ hinausgeht. Sie erfordert eine ressourcenschonendere Bewirtschaftungsweise, die nicht ausschließlich auf eine vermeintlich „effiziente“ Nutzung von Boden und Tieren gerichtet ist. Der ökologische Landbau ist die nachhaltigste Form bäuerlicher Landwirtschaft, da diese Bewirtschaftungsweise mit der Natur und nicht gegen sie arbeitet. Diese bewährte Anbaumethode ist daher besonders förderungswürdig.

Sie ist im Sinne einer „agrarökologischen Intensivierung“ weiter zu entwickeln. Entsprechende agrarökologische Konzepte gründen dabei auf traditionellem und lokalem Wissen und seinen Kulturen und verbinden es mit Erkenntnissen und Methoden moderner Wissenschaft. Ihre Stärk liegt in der Verbindung von Ökologie, Biologie und Agrarwissenschaften, aber auch von Ernährungskunde, Medizin und Sozialwissenschaften. Agrarökologie setzt auf die Einbeziehung des Wissens aller Beteiligten.

Zu einer ökologischen Landwirtschaft gehören eine nachhaltige Bodenbearbeitung, maßvolle organische Düngung, Verzicht auf Kunstdünger und synthetische Biozide sowie zahlreiche weitere Maßnahmen wie Auswahl der Pflanzenarten und -sorten (nach Standort), Untersaaten, Zwischenfrüchte und angepasste Fruchtfolgen. Wesentliches Merkmal einer ökologischen Landwirtschaft sind die geschlossenen Produktionskreisläufe, die bewirken, dass kein Abfall entsteht, sondern alles, was im Betrieb erzeugt wird, auch wieder im Betrieb verwertet wird. Lebensmittel sollen dezentral erzeugt wie auch vermarktet werden, damit feste regionale Wirtschaftskreisläufe entstehen können und die Abhängigkeit von Großkonzernen abnimmt. Das Höfesterben muss auch deshalb gestoppt werden, weil kleine und mittlere bäuerlich Familienbetriebe am ehesten in der Lage sind, ökologische und regionale Gesichtspunkte zu berücksichtigen.

Der Staat hat die Aufgabe, die ökologische Ausrichtung von Landwirtschaftsschulen sowie der agrarwissenschaftlichen Fakultäten der Fachhochschulen und Universitäten und die Beratung zur ökologischen Lebensmittelproduktion zu fördern und zu unterstützen.

Schadstoffkontrollen für Erzeugerbetriebe sind kostenlos einzurichten mit dem Ziel einer Anerkennung beanstandungsfreier Betriebe, die dann berechtigt sind, ihre Produkte als kontrolliert biologische Erzeugnisse zu bezeichnen. Wir achten die Landwirte nicht nur als Lebensmittelproduzenten, sondern auch und vor allem als Kulturträger und Landschaftspfleger.

Das ÖDP-Konzept:

Auf- und Ausbau von Lehrstühlen für den ökologischen Landbau.

Abschaffung der derzeit gültigen Handelsgüteklassen, weil sie zu einem erhöhten Einsatz von Dünge- und Spritzmitteln führen, den naturgemäßen Landbau diskriminieren sowie Verbraucherinnen und Verbraucher täuschen. Sie können durch ökologische Qualitätssiegel ersetzt werden. Einführung einer Steuer auf Pflanzenschutzmittel mit dem Ziel, deren Einsatzmengen zu minimieren. Einbeziehung dieser Steuer in die Steuerreform für Arbeit und Umwelt. Verbot von Pflanzenschutzmitteln, die als Wirkstoff oder Metabolit im menschlichen Organismus oder im Grundwasser wiederholt nachweisbar waren (z.B. Glyphosat). Reform der intensiven Landwirtschaft zum Abbau der Bodenvergiftung und Überdüngung.

Regelmäßige Überwachung des Bodens und des Grundwassers auf Gifte und Radioaktivität, insbesondere in der Nähe von Mülldeponien und potentiellen Altlasten. Mülldeponien sind so abzusichern, dass es nicht zu einer Umweltgefährdung durch Sickerwasser kommen kann.

Tragfähiges Modell zur Förderung der Landwirtschaft – ein Existenzsicherungsprogramm

Grundsätzlich begrüßt die ÖDP die Produktionsrichtlinien der ökologischen Anbauverbände. Wir wollen jedoch auch bisher konventionell wirtschaftenden Bäuerinnen und Bauern den schrittweisen Einstieg in eine ressourcenschonende, umweltverträgliche Bewirtschaftung ermöglichen.

Die Landwirtschaft, als Inbegriff einer ökologischen Kreislaufwirtschaft, funktioniert nicht nach den Gesetzen industrieller Produktion. In der Landwirtschaft haben wir es mit Lebewesen zu tun, die natürlichen Gesetzmäßigkeiten und Grenzen unterliegen. Die Natur lehrt uns, dass es kein unendliches Wachstum gibt. Die jetzige Agrarpolitik orientiert sich aber nicht an den Leitlinien einer umweltverträglichen bäuerlichen Landwirtschaft, sondern an den Forderungen einer ausschließlich auf quantitatives Wachstum fixierten Wirtschaftspolitik. Bisher profitieren von den staatlichen Beihilfen vor allem große Betriebe. Dem setzen wir ein Förderungssystem mit Flächenprämien entgegen, die zwar ebenfalls von den erzeugten

Nahrungsmitteln unabhängig sind. In unserem Modell sind die Förderungsprämien jedoch abhängig von der Größe der Betriebe, der Zahl der dort beschäftigten Arbeitskräfte und der Art der Tierhaltung. Die geringere Förderung für größere Flächen und die Höchstgrenzen der Förderung begünstigen kleine und mittlere bäuerliche Familienbetriebe.

Das ÖDP-Konzept:

Im Sinne einer nachhaltigen Landwirtschaft sind nur noch Betriebe, die nach folgenden Kriterien wirtschaften, förderungswürdig:

Begrenzung des Viehbestandes auf 2,0 Großvieheinheiten pro Hektar. Dadurch wird auch die Nitratbelastung der Böden und des Trinkwassers reduziert.

Förderung der Landwirtschaft:

Es muss verstärkt auf Fruchtwechsel und extensive Landbebauung hingearbeitet werden. Außerdem auf eine ausgeglichene Mischung von Milchvieh und Ackerbau.

Verzicht auf gentechnische Methoden und genmanipulierte Futtermittel. Kein Einsatz genmanipulierter Nutztiere, Pflanzen oder Organismen. Vollständiges Verbot der Hormonbehandlung bei Nutztieren .

Verbot des Zusatzes von Antibiotika im Futter als Leistungsförderer. Verbot des Einsatzes von Reserveantibiotika in der Tierzucht.

EU-einheitliche Flächenprämien für Acker- und Grünland, unabhängig von den angebauten Pflanzen.

I 6.2 Naturnahe Landwirtschaft durch Steuerreform für Arbeit und Umwelt – Landwirte als Energie- und Rohstoffproduzenten

Die von der ÖDP vorgeschlagene Steuerreform für Arbeit und Umwelt hat positive Auswirkungen für eine naturnahe und ökologische Landwirtschaft. Höhere Energiepreise verteuern den Einkauf chemischer Dünge-, Schädlingsbekämpfungsmittel und Unkrautvernichtungsmittel sowie die

energieaufwändige intensive Landwirtschaft. Kleinere landwirtschaftliche Betriebe und dezentrale Vermarktungsstrukturen werden wieder rentabler, weil menschliche Arbeit durch Senkung der Lohnnebenkosten billiger wird.

Blockheizkraftwerke für Biogas und Biomasse, Stroh-, Hackschnitzel- und Schwachholzfeuerungen sowie Pflanzenölmotoren für nachwachsende Rohstoffe (Hanf, C4-Pflanzen wie z.B. Schilfgras) werden, abhängig von ihrer Ökobilanz, wirtschaftlich. Dies eröffnet Landwirten zusätzliche Absatzmöglichkeiten im Energiebereich.

I 6.3 Forstwirtschaft für den Schutz unserer Wälder

Die Helsinki-Resolution von 1993 definiert die nachhaltige Waldwirtschaft umfassend als „die Behandlung und Nutzung von Wäldern auf eine Weise und in einem Ausmaß, das deren biologische Vielfalt, Produktivität, Verjüngungsfähigkeit, Vitalität sowie deren Fähigkeit, die relevanten ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Funktionen gegenwärtig und in der Zukunft auf lokaler, nationaler und globaler Ebene zu erfüllen, gewährleistet, ohne anderen Ökosystemen Schaden zuzufügen.“

Wälder besitzen darüber hinaus ein wichtiges Speicherungspotenzial von Kohlendioxid, sodass auf einen wirksamen Schutz des Klimas ohne Schutz von Wäldern in nationalem wie internationalem Umfang nicht verzichtet werden kann.

Das ÖDP Konzept:

Die Bewirtschaftung und Gestaltung der Wälder ist entsprechend der Definition der Helsinki-Resolution vorzunehmen. Dies umfasst u.a. den Verzicht auf Altersklassenwälder, die Anwendung des Dauerwaldprinzips, Einrichtung von Naturwaldzellen.

Erhalt und Wiederaufforstung von Bergwäldern.

Ausweitung der naturnahen Waldwirtschaft, u.a. durch Anlegen standortgerechter Mischwälder, ggf. durch entsprechenden Waldumbau.

Keine Personalkürzungen im Forstbereich seitens des Bundes und der Länder."

Begründung

Anlehnung an das Bundespolitisches Programm. Ein abweichendes landesspezifisches Programm in diesem Politikfeld ist derzeit aus meiner Sicht nicht zwingend erforderlich, weil die Agrarpolitik im Wesentlichen auf der EU Ebene gestaltet wird. Lediglich die zweite Säule der Förderung ist Ländersache. Diese Formen der Förderung sind im Bundespolitischen Programm indirekt enthalten.